

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 41 (1994)
Heft: 6

Artikel: Europa zwischen Frieden und Krieg
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-368469>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die Kredite für diese Bereiche grundsätzlich auf die Hälfte reduziert. Was das für den Zivilschutz bedeuten würde, wissen Sie besser als ich.»

Gegenwärtig werde wieder diskutiert, ob möglichst alle Bereiche der Gesamtverteidigung und der Sicherheit in einem sogenannten Sicherheitsdepartement oder Gesamtverteidigungsdepartement zusammenzufassen wären. Verschiedene Parlamentarier versprechen sich davon eine bessere Nutzung von Synergien und verkürzte Entscheidungswege.

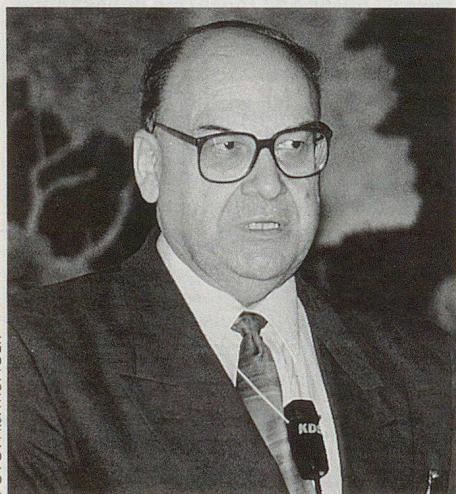
Mit der bevorstehenden Regierungsreform hat dieses Projekt gemäss Hansheiri Dahinden an Aktualität gewonnen. Einem solchen «Mammutdepartement» steht der Direktor des ZGV verständlicherweise eher skeptisch gegenüber. «Man scheint im Parlament grosse, ja fast euphorische Erwartungen daran zu knüpfen, und dieser Erwartungsdruck könnte trotz allen Fragezeichen zu einer Realisierung des Vorhabens führen.» Schliesslich orientierte Dahinden über die Arbeit der Studienkommission, welche die

Frage einer allgemeinen Dienstpflicht zu prüfen hat. Die Kommission unter der Leitung von SZSV-Vizepräsidentin Christiane Langenberger hat gemäss dem ZGV-Direktor bisher ausserordentlich intensiv und seriös gearbeitet. Im laufenden Jahr werden vor allem mögliche Modelle studiert, die auch die sachliche Machbarkeit aufzeigen sollen. «Zweifellos handelt es sich hier um eine staatspolitische Entscheidung ersten Ranges. Sie ist deshalb sehr sorgfältig zu prüfen», betonte Hansheiri Dahinden. □

Ernst Mühlmann, Nationalrat, Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats und Berichterstatter im Europarat bezüglich der Aufnahme Russlands in die EU

Europa zwischen Frieden und Krieg

JM. Ein vereintes Europa sei leider noch in weiter Ferne, meinte FDP-Politiker und Europakennner Ernst Mühlmann zu Beginn seiner Ausführungen. Eine leidigliche Stabilität und gewisse Fortschritte bei der Verwirklichung einer umfassenden Europäischen Union hätten die westlichen Staaten Europas ja erreicht, seinen wichtigsten politischen Leistungsausweis jedoch – die Befriedung Ex-Jugoslawiens – habe der Westen bisher nicht erbracht: In den Oststaaten unseres Kontinents sehe die Lage heute ganz allgemein problematisch und konfliktträchtig aus.



«Europa schwankt zwischen Frieden und Krieg»: Nationalrat Mühlmann zur heutigen Situation auf dem Alten Kontinent.

Im heutigen Russland habe Präsident Gorbatschow seinerzeit auch für den einzelnen Bürger Erstaunliches wie Glasnost und Perestroika zustande gebracht. Unter Nachfolger Jelzin, dem Zauderer mit seiner Hüst-und-Hott-Politik, gingen die meisten Errungenschaften für den kleinen Mann wieder verloren. Was sich gegenwärtig in Russland zeige, sei ein riesiges kommunistisches Trümmerfeld. Nicht von ungefähr gewinne der ultrarechte Politiker Schirinowski mehr und mehr Anhänger. Heute bereits sagten viele unzufriedene Bürger in Russland: «Wir brauchen wieder einen starken Mann; solange wir einen solchen hatten, ging's uns gut.» Der Westen – so Mühlmann – müsse sich davor hüten, Schirinowski und seine Anhänger als Angeber und Grossmäuler ab-

zutun. Von ihnen könnte für die ganze westliche Welt eine grosse Gefahr ausgehen.

Der Referent orientierte hierauf kurz über seine kürzlichen Reisen ins frühere Jugoslawien. Der «Duce von Sarajewo», so Ernst Mühlmann über Serbenführer Milosevic, werde sich mit Worten allein nie von seinen Angriffsgelüsten abbringen lassen; ihn und seine Generalität könnten nur energische und konzentrierte Aktionen des Westens beeindrucken. Der Schlüssel zum Frieden liege in Belgrad, und die Wende könne erst mit dem Abgang Milosevics von der politischen Bühne kommen. «Zumindest bis dahin schwankt Europa zwischen Frieden und Krieg», meinte Nationalrat Mühlmann am Schluss seiner interessanten Ausführungen. □

Halbierungsinitiative

JM. Die am 24. Dezember 1992 von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz eingereichte Initiative «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» (Halbierungsinitiative) hat folgenden Wortlaut:

«Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Übergangsbestimmungen Art. 20 (neu)

1. Der Bund kürzt die Kredite für die Landesverteidigung jährlich um mindestens 10 Prozent gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung auf mindestens die Hälfte der Rechnung des Jahres vor der ersten Kürzung reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen.

2. Mindestens je ein Drittel der dadurch eingesparten Beträge wird eingesetzt für:

- a) Zusätzliche internationale Friedenspolitik (Schutz der Lebensgrundlagen, Entwicklungszusammenarbeit, Konfliktverhütung) und
- b) zusätzliche soziale Sicherheit im Inland.

3. Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zivile Güter und Dienstleistungen. Er ergreift Massnahmen insbesondere zugunsten

- a) der vom Abrüstungsprozess betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
- b) der vom Abrüstungsprozess betroffenen Regionen.

4. Der Bund fördert und unterstützt schweizerische, europäische und weltweite Institutionen und Bemühungen für Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit. □